

Presse

Kreisgruppe Lindau

Naturschutzhäusle
Lotzbeckweg 1

88131 Lindau Bodensee

Tel. 08382/887564

lindau@bund-naturschutz.de
www.lindau.bund-naturschutz.de

19.03.18

Pressemitteilung der Kreisgruppe Lindau (Bodensee) des BUND Naturschutz in Bayern e. V. (BN) zum geplanten Bau der Therme in Lindau im Landschaftsschutzgebiet „Bayer. Bodenseeufer“ und den juristischen Auseinandersetzungen mit der Großen Kreisstadt Lindau (Bodensee)

Der BUND Naturschutz in Bayern e. V. (BN) hat Ende Februar 2018 beim Augsburger Verwaltungsgericht Klage gegen die erteilte Genehmigung zum Bau der Therme durch die Stadt Lindau erhoben. Nun hat Rechtsanwältin Lisa Eberlein von der Münchner Anwaltskanzlei Meisterernst und Partner im Auftrag der Naturschützer letzte Woche einen weiteren juristischen Schritt unternommen. Sie beantragte, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 110 „Therme und Freizeitbad, Eissporthalle“ einem Normenkontrollverfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zu unterziehen. Der BN will durch die beiden Verfahren prüfen lassen, ob das geplante Großprojekt Therme mit den Zielsetzungen des Landschaftsschutzgebietes „Bayer. Bodenseeufer“ und dem Bodenseeleitbild der drei Anrainerstaaten in Einklang zu bringen ist. Die Lindauer Naturschützer bemängeln zudem, dass die artenschutzrechtlichen Prüfungen im Hinblick auf die angrenzenden Natura 2000- und SPA-Vogelschutzgebiete unzureichend geprüft worden sind. So fehle es an einer Umweltverträglichkeitsprüfung für diese Schutzgebiete, die nach BN-Ansicht dringend erforderlich gewesen wäre. Auf die vielfältige Kritik, die dem BN bisher entgegenschlug, weil er Stadtratsmehrheit und das Votum aus dem Bürgerentscheid vom Juli 2017 missachte, kontert der Lindauer BN-Kreisvorsitzende mit den Worten: „Die politischen Entscheidungen sind zwar gefallen, aber damit endet der demokratische Prozess eben

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft, München
Kto. 8844000
BLZ 70020500

Bankverbindung:
Volksbank Regensburg
Kto. 604100
BLZ 75090000

nicht.“ Es sei ein Grundrecht aus der Verfassung, Entscheidungen von staatlicher Seite durch unabhängige Gerichte überprüfen zu lassen. Der BN habe im Übrigen seit 2010, als erstmals die Pläne für ein „Badeparadies“ im Eichwald auftauchten, sofort und seither unablässig auf die Unvereinbarkeit dieser Planungen bezüglich der Schutzgebiete hingewiesen, was aber von den politischen Mehrheiten nie ernsthaft zur Kenntnis genommen worden sei. Wenn derartige massive Bauten, so führt Jörg weiter aus, in Schutzgebieten rechtens seien, dann wären Schutzgebiete überflüssig und hätten jeglichen Zweck verloren. „Das hier ist ein Präzedenzfall für ganz Bayern“, stellt Kreisvorsitzender Erich Jörg fest. Er geht auch auf den ständig wiederholten Vorwurf ein, wieso der BN erst jetzt klage und somit die Baumaßnahme hinauszuzögern versuche. Der BUND Naturschutz erklärt hier, dass erst dann geklagt werden könne, wenn die Baugenehmigung erteilt und der Bebauungsplan amtlich bekannt gemacht worden sei. Beides sei erst Ende Februar 2018 der Fall gewesen. Dass die Stadt Lindau nach dem Bürgerentscheid vom Juli 2017 bis zum Februar 2018 gewartet habe, könne nicht dem BN angelastet werden. Die BN-Kreisgruppe Lindau geht in ihrer Verlautbarung aber auch noch mal auf die Historie ein. 1979 hätten große Teile der Bevölkerung und der städtischen Politik mit allergrößtem Einsatz die Massivbebauung des Bodenseeuferes auf dem Wäsen erfolgreich bekämpft und damit ein Vermächtnis für die Zukunft ausgesprochen. An der Spitze seien damals neben dem Oberbürgermeister die Freien Bürger, die SPD, der Alpenverein und der BN gestanden. Die einstige Einstellung sei bei beiden politischen Parteien hier beim Großprojekt Therme, nur wenige Hundert Meter vom Wäsen entfernt, vollkommen abhandengekommen, bedauert Erich Jörg, der schon 1979 bei den Wäsenauseinandersetzungen dabei war. „Die SPD hat noch im Wahlprogramm 2014 zur Kommunalwahl versprochen: Am See Natur und nicht Beton! Freihaltung der Uferbereiche!“ Die Lindauer Naturschützer bedauern den Bruch dieses Wahlversprechens.

V. i. S. d. P.: Erich Jörg, Kreisvorsitzender

Anlage: Antrag auf Normenkontrolle